

# DAS UNHEILBAR GUTE GEWISSEN

ANTISEMITISMUS IN DER DEUTSCHEN LINKEN SEIT 1968

---

ALEX FEUERHERDT — VORTRAG IN BERGISCH GLADBACH, 25. MÄRZ 2026

## Zum Einstieg

Zu Beginn vielleicht so etwas wie ein Disclaimer, damit Sie wissen, wer hier zu Ihnen spricht. Ich bin 56 Jahre alt und komme politisch aus der Linken, nicht aus der Partei, aber aus dem Spektrum, aus der außerparlamentarischen Linken. In den 1990er Jahren war ich lange Zeit in der Antifa aktiv, aber die Reaktionen in nennenswerten Teilen der linken Szene auf die zweite „Intifada“ und Nine-Eleven zu Beginn dieses Jahrtausends waren ernüchternd. Ich war damals innerhalb der Antifa in Bonn Teil einer Gruppe, die sich schwerpunktmäßig mit Antisemitismus auseinandergesetzt hat, auch dem linken, also dem in den eigenen Reihen. Und ich fand so gar nicht, dass es sich widerspricht, links und für Israel zu sein, also für das einzige Land mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit. Schon gar nicht als Linker in und aus dem Land, das die Shoa verbrochen hat.

Ich bin heute nicht mehr in irgendeiner Szene aktiv (und Mitglied einer Partei ohnehin nicht). Aber der Linken als Strömung bin ich alles in allem wahrscheinlich noch immer am nächsten. Und gerade, weil das so ist, beschäftigt mich der Antisemitismus in der Linken in besonderem Maße. Denn er widerspricht eigentlich in extremem Maße allem, wofür sich eine Linke einsetzt, wofür sie steht oder stehen sollte. Dennoch ist die Problematik gerade aktuell wieder höchst virulent, insbesondere seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Massakers der Hamas in Israel. Ich werde später auf diese Aktualität eingehen. Doch um sich der Thematik namens „linker Antisemitismus“ zu nähern, um sie zu verstehen, ist ein Blick zurück unabdingbar, eine Herleitung, auch eine historische Einordnung. Denn der Antisemitismus in der Linken ist nicht neu, er hat eine lange Geschichte, und von dieser möchte ich erzählen.

\* \* \*

Am 9. April 1976 erschien in der *Zeit* ein Beitrag des Schriftstellers Gerhard Zwerenz (**Folie 2**) mit dem apodiktischen Titel „Linker Antisemitismus ist unmöglich“. Anlass für diesen Text war die scharfe öffentliche Kritik an Rainer Werner Fassbinders vermeintlich sozialkritischem Theaterstück „Die Stadt, der Müll und der Tod“ von 1975, in dem ein jüdischer Immobilienspekulant in Frankfurt, der mit allerlei antisemitischen Eigenschaften

gezeichnet wird, die Hauptrolle spielt. Gerhard Zwerenz mochte diese Kritik nicht teilen und schrieb: „Der Antisemitismus war und ist rechts, national, biologistisch, rassistisch. Die Juden werden als mindere Rasse diskriminiert, kriminalisiert, verfolgt, bestraft, vernichtet. Man verbot den Juden die meisten Berufe und trieb sie ins Geldgeschäft. Die Nazis dann lenkten den Unmut des Volkes vom Kapital ab und auf die Juden hin. Das nationale deutsche Kapital stempelte die Juden zu Sündenböcken, so ließ sich leicht avisieren.“ Sodann behauptete er: „Linke Kritik kann nicht rassistisch, biologistisch, nationalistisch argumentieren. Wo sie [...] auf Juden oder Israelis trifft, geht das nicht gegen ‚die‘ Juden, sondern [beispielsweise] gegen verfehlte und unmenschliche Baupolitik. [...] Wenn von zehn wichtigen Maklern in Frankfurt acht jüdischer Herkunft sind, kann ich nicht nur über einen Perser schreiben, den es auch gibt. Der kritische Realismus ist unschuldig an seinen Gegenständen, ebenso wie die jüngeren Generationen der Deutschen unschuldig am Dritten Reich sind.“

Zwerenz‘ Text enthält vieles, was linke Selbstfreisprüche vom Vorwurf des Antisemitismus traditionell kennzeichnet: die Verortung der Feindschaft gegen Juden ausschließlich bei den Rechten; die These, der Antisemitismus sei eine gezielte Strategie des Kapitals; die – mindestens implizite – Annahme, dass dem Hass gegen Juden ein zwar fehlgeleiteter, aber doch berechtigter Antikapitalismus innewohnt, die Antisemiten also letztlich verführte Kapitalismuskritiker sind; die Rationalisierung des Antisemitismus bis hin zu der versteckten oder offenen Behauptung, die Juden selbst trügen zu ihm bei; schließlich die Schuldabwehr, und finde sie nur unter Verweis auf die „Gnade der späten Geburt“ statt, wie es im Januar 1984 der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl formulierte – bezeichnenderweise in einer Rede vor dem israelischen Parlament.

Bereits aus Zwerenz‘ Beitrag für die *Zeit* sprach das unheilbar gute Gewissen – ein Gewissen, das gewiss auch Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann (**Folie 3**), zwei Gründungsmitglieder der militanten Gruppe *Revolutionäre Zellen*, ihr Eigen nannten, als sie knapp drei Monate nach Zwerenz‘ Text, am 27. Juni 1976, gemeinsam mit palästinensischen Terroristen ein Flugzeug entführten und nach der Landung auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda die jüdischen von den nichtjüdischen Passagieren selektierten. Als jüdische Geiseln den deutschen Linken ihre eintätowierten „Auschwitz-Häftlingsnummern“ zeigten und ihnen vorwarfen, ihre Handlungen seien identisch mit den Taten der Nazis, erklärte Böse, er sei „kein Nazi, sondern Idealist“ und bereite „die Weltrevolution vor“, während der

„imperialistische Staat Israel“ einen dauernden Expansionskrieg gegen die Palästinenser und seine Nachbarn führe. **(Folie 4 – Titel)**

Man könnte diesen ungeheuerlich simplen Rechtfertigungen schlicht das entgegenhalten, was der viel zu früh verstorbene Publizist Eike Geisel schon 1993 festhielt, als er in der linken Zeitschrift *Konkret* schrieb: „Jeder [weiß], dass es Linke gibt, die ihre Frau verprügeln oder ihre Kinder quälen, dass sie, wenn möglich, die Arbeitskraft anderer ausbeuten; dass Linke gelegentlich ihre Freunde an Geheimdienste verraten und sie manchmal sogar umbringen. Warum in aller Welt sollte es deshalb nicht auch linke Antisemiten geben?“ In der Tat, so einfach ist das zunächst einmal. Doch natürlich widerspricht es dem linken Selbstverständnis, und deshalb muss man als überzeugter Linker den Antisemitismus begrifflich stark einengen, muss ihn von der Linken wegdefinieren, seine Wirkmächtigkeit als klassenübergreifende Ideologie verkennen oder sogar bestreiten. Genau das geschieht, seit es eine Linke gibt. Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik etwa begriff Antisemitismus im Wesentlichen als bloßen Auswuchs des kapitalistischen Systems, der von selbst mit dem Untergang des Kapitalismus verschwinden werde. Dementsprechend wertete sie Antisemitismus als „die absolute Reaktion“, „die Konterrevolution in Reinkultur“ und „den wütenden Feind der proletarischen Emanzipation“. Die einzige Möglichkeit, dem Antisemitismus beizukommen, sei daher „die Beseitigung des gesamten Kapitalismus (ob jüdisch oder christlich)“.

Für die KPD war Antisemitismus also ausschließlich eine Klassenfrage. Sie war davon überzeugt, dass mit ihm nicht in erster Linie Juden getroffen werden sollten, sondern vielmehr die Arbeiterbewegung, vor allem ihr revolutionärer Teil. Antisemitismus wurde also als verkappter Antikommunismus wahrgenommen. Generell diene der Antisemitismus, so hieß es oft, der Bourgeoisie zur Verschleierung des Klassengegensatzes, als Ablenkungsmanöver vom eigentlichen Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und als Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse. Antisemitische Proleten – auch die nationalsozialistischen – waren für die KPD bloß irreführende Arbeiter und im Grunde ihres Herzens aufrichtige Antikapitalisten, die man lediglich auf den richtigen Weg bringen musste. Jüdischen Kapitalisten dagegen, so glaubte die KPD felsenfest, werde Hitler gewiss kein Haar krümmen.

Es gab Äußerungen, in denen führende Vertreter der KPD der extremen Rechten bescheinigten, ihr Kampf gegen das „jüdische Kapital“ trenne sie nicht voneinander. Die KPD

gehe nur weiter, weil sie auch gegen das christliche Kapital sei. Ganz in diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel das Zentralkomitee-Mitglied Ruth Fischer am 25. Juli 1923 auf einer Versammlung von kommunistischen Studenten, zu denen auch völkische Kommilitonen eingeladen waren. An diese richtete sich Fischer mit folgenden, berühmt gewordenen Worten: „Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner?“ Nun, gegen Stinnes und Klöckner waren die Nazis bekanntermaßen nicht, aber das lag nicht daran, dass die KPD nicht entschlossen genug gerufen hätte. Vielmehr begriff die Partei selbst nicht, was das Wesen des Kapitalismus und des Antisemitismus ausmacht und warum diejenigen, die etwas gegen „Judenkapitalisten“ haben, keineswegs auf dem halben richtigen Weg sind, sondern vielmehr auf dem ganz falschen.

Man kann der Nachkriegs-KPD wie auch später der DKP leider nicht bescheinigen, dass sie diesen Fehler eingesehen und verstanden haben. Aber um sie soll es hier auch weniger gehen. Bis 1967 gab es zumindest relevante Parteien und Organisationen in der deutschen Linken, die an einer ernsthaften Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus interessiert waren und deshalb auch dem 1948 gegründeten Staat Israel positiv gegenüberstanden. Viele sicherlich wegen sozialistischer Einrichtungen im jüdischen Staat wie den Kibbuzim – aber auch, weil sie nach der Shoa die Notwendigkeit eines jüdischen Staates sahen, als bewaffnetes Refugium vor dem weltweiten Antisemitismus. Die SPD zählte zu diesen Linken, der DGB, die Falken, die Aktion Sühnezeichen und auch studentische Gruppen wie die Deutsch-Israelische Studiengruppe. Die Solidarität mit Israel war bei ihnen bis 1967 durchaus hegemonial.

### **Die Geburt der „Israelkritik“**

Das änderte sich 1967 nach dem Sechstagekrieg, den der jüdische Staat gegen seine arabischen Nachbarländer zu führen gezwungen war, weil diese ihn zum wiederholten Male mit der Vernichtung bedrohten und entsprechende Angriffsvorbereitungen getroffen hatten. Es gab von konservativer Seite und auch in Medien wie der *Bild*-Zeitung und dem *Spiegel*

geradezu euphorische Zustimmung zur israelischen Kriegführung. Vom israelischen „Blitzkrieg“ war da beispielsweise die Rede (**Folie 5**) – was die israelischen Streitkräfte auf eine Stufe mit der deutschen Wehrmacht während des Nationalsozialismus stellte. Das war, wohlgemerkt, anerkennend gemeint, als Bewunderung der militärischen Leistung, und da war die Wehrmacht im Nachkriegsdeutschland weiterhin der Maßstab. Gleichzeitig sollte es natürlich die deutsche Schuld relativieren. Wenn auch Israel einen „Blitzkrieg“ führte, waren die „Blitzkriege“ der Nazis nicht mehr einzigartig. (**Folie 6 – Titel**)

Der Sechstagekrieg fiel in eine Zeit zunehmender Proteste gerade von studentischer Seite, gegen den Vietnamkrieg der USA vor allem, gegen den „Muff von tausend Jahren“ oder auch gegen den Besuch des autokratischen Schahs von Persien in West-Berlin Anfang Juni 1967. Bei der Demonstration gegen den Schah-Besuch erschoss ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg. Die zunehmende Hetze gerade der *Bild*-Zeitung gegen die erstarkende Studentenbewegung war *ein* Grund, warum diese Bewegung sich gegen alles stellte, was die *Bild*-Zeitung guthieß, darunter auch Israel. Aber man spränge zu kurz, wollte man die sich verändernde Haltung von großen Teilen der deutschen Linken zum jüdischen Staat alleine mit einer Anti-Haltung gegenüber den Springer-Medien begründen. Zumal es die Möglichkeit gegeben hätte, den Vergleich mit der Wehrmacht zurückzuweisen. Aber daran lag den Linken gar nicht, wie noch zu zeigen sein wird.

Ein Teil der Linken ging von der Solidarität mit Israel zu einer Art Neutralismus über, zu einer Äquidistanz also. Doch dabei sollte es nicht bleiben, denn gerade in den sozialistischen und kommunistischen studentischen Organisationen wie dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) begann man bald, den israelisch-arabischen Konflikt in das Raster des Antiiperialismus einzufügen. Doch Antiiperialismus, das ist das „höchste Stadium des falschen Antikapitalismus“, wie es der Publizist Martin Blumentritt schon Anfang der 1990er Jahre genannt hat. Den Antiiperialismus zeichnet die schlichte Einteilung der Welt in Gut und Böse aus, in imperialistische Staaten und antiimperialistische Länder, Völker und Bewegungen. Ihn kennzeichnen zudem eine Dritt-Welt-Romantik und die Projektion eigener revolutionärer Hoffnungen auf Bewegungen in fernen Ländern, aber vor allem eine ausgesprochen simple Weltsicht.

Der Antiiperialismus geht davon aus, wie Martin Blumentritt schrieb, „alles Elend in der sogenannten Dritten Welt sei zurückzuführen auf einen Verursacher, welcher es bewusst und mit böser Absicht produziert und aufrechterhält. Dieses finstere Subjekt soll nun der

‚Imperialismus‘ sein. Wenn Linke also vom ‚Imperialismus‘ reden, dann ist mit diesem Begriff weder, wie bei Lenin, ein bestimmtes ‚Stadium‘ in der Entwicklung des Kapitalismus [gemeint] noch [...] Expansions- und Machtstreben, also eine Eigenschaft von Staaten. Vielmehr ist ‚Imperialismus‘ der Name für ein weltweit handelndes Subjekt, das zwar als bewusst und selbstbewusst handelndes auf der Weltbühne auftritt, als solches aber merkwürdig blass und unbestimmt bleibt und somit greifbar nur an seinen Erscheinungsformen ist: skrupellosen Multis, fiesen Bankern, finsternen Counterinsurgency-Strategen, stiernackigen Militärs, gegen [die] dann auch anti-imperialistischerseits mit großer moralischer Verve zu Felde gezogen wird und [die], zusammenaddiert, das Subjekt ‚Imperialismus‘ ergeben.“ Der Antiiperialismus ist also eine Form des regressiven Antikapitalismus, er konstruiert Kollektivsubjekte in Form von „Völkern“, er personalisiert, und er geißelt an der Fremdherrschaft, die er dem Imperialismus vorwirft, weniger die Herrschaft, sondern vor allem das Fremde. Die Wesensverwandtschaft mit dem Antisemitismus deutet sich hier nicht bloß an.

### **Militanter Antiiperialismus und NS-Gleichsetzungen**

1967 entdeckte die deutsche Linke ihre Zuneigung zu den Palästinensern als „Volk“, das gegen den Imperialismus kämpft, und ihre Abneigung gegen Israel als „imperialistische Macht“. Man glaubte sich dabei gegen jeglichen potenziellen Antisemitismusvorwurf gewappnet, zumal man Israel doch nur in sein weltweit gültiges Schema aus guten und bösen Ländern und Völkern einordnete. So gerüstet, konnte man nun nicht nur reinsten Gewissens eine besondere Verve an den Tag legen, wenn es um den jüdischen Staat ging, sondern auch zur Tat schreiten. Am 9. November 1969, dem Jahrestag der Pogromnacht von 1938, platzierte ein Mitglied der militanten linksradikalen Gruppierung *Schwarze Ratten/Tupamaros Westberlin* eine Bombe im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin. Der Zünder der Bombe versagte glücklicherweise. Die *Tupamaros* veröffentlichten anschließend ein Bekennerschreiben, in dem sie sich dagegen verwahrten, Anschläge wie ihren „als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren“. Vielmehr missbrauchten sie sogar die Erinnerung an die Shoa und beriefen sich auf ein antifaschistisches Vermächtnis sowie den Antiiperialismus, um ihre Tat zu legitimieren: „Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt

wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“

Das hieß also: Als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus und dem Holocaust sollte die Linke nun gegen den Staat der Shoa-Überlebenden, den angeblichen Wiedergänger des „Dritten Reiches“, zu Felde ziehen und sein Existenzrecht in Abrede stellen. Und da waren für manche Linke selbst jüdische Einrichtungen in Deutschland ein legitimes Angriffsziel. Der Aktivist Dieter Kunzelmann (**Folie 7**), der als Kopf der *Schwarzen Ratten/Tupamaros Westberlin* galt, rechtfertigte den Anschlag dann auch mit den Worten: „Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. [...] Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus‘ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit Al-Fatah, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich aufgenommen hat.“ (*Im Prinzip drückt das nichts anderes aus als die Parole „Free Palestine from German guilt“, die nach dem 7. Oktober immer mal wieder auf vermeintlich linken Anti-Israel-Demos zu hören war.*) Im Grunde sahen Konservative wie Linke in Deutschland also in der israelischen Armee die Reinkarnation der deutschen Wehrmacht, nur unter verschiedenen Vorzeichen. Schuldabwehr-Antisemitismus beziehungsweise Schuldrelativierungs-Antisemitismus in unterschiedlichen Varianten.

### **(Folie 8 – Titel)**

Der vermeintliche „Judenknax“ scherte die Linke in den 1970er Jahren dann immer weniger. Sie waren ja Linke und konnten deshalb gar nicht antisemitisch sein. Der Antizionismus wurde in dieser Linken hegemonial und verheimlichte seine Zwillingsbruderschaft mit dem Antisemitismus nicht. Im ganzen Bundesgebiet, vor allem in den Universitätsstädten, entstanden *Palästinakomitees* und *Nahostkomitees*, deren Sprache – genau wie die der diversen kommunistischen Gruppen – unverblümt war. Israel wurde von ihnen als „faschistisch-kolonialistischer Siedlerstaat“, als „imperialistischer Brückenkopf“, als „künstliches Staatengebilde“ oder als „parasitärer Besatzerstaat“ bezeichnet, so etwas wie Hemmungen gab es nicht. Mitglieder der *Roten Armee Fraktion* (RAF) ließen sich in militärischen Ausbildungslagern der Fatah in Jordanien in Guerillataktik unterweisen. Ulrike Meinhof, die vor ihrer Zeit bei der RAF noch israelsolidarische Positionen vertrat, begrüßte das terroristische Olympia-Attentat von München 1972 gegen die israelische Olympia-

Mannschaft als „mutiges Kommando [...] gegen zionistische Soldaten, die in München als Sportler auftraten“. Den israelischen Verteidigungsminister Moshe Dayan nannte sie den „Himmler Israels“, setzte ihn also mit dem sogenannten Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, gleich. In München habe, so schrieb Meinhof, Israel „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden“.

Die im Januar 2024 verstorbene, linke österreichische Journalistin und Autorin Ingrid Strobl, die sich früher als andere mit dem Antisemitismus in der Linken auseinandergesetzt hat, schrieb 1994: „Wie unbewusst auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, der sie sich als Nachkommen womöglich stellen müssten. Da jedoch die Ungeheuerlichkeit der Shoa selbst für diejenigen, die sich nie näher mit ihr konfrontiert haben, so ohne Weiteres nicht zu ignorieren ist, musste sie auf Teufel komm raus relativiert werden. Zwanghaft wurde alles, was Israelis Palästinensern antaten, mit dem verglichen, was Deutsche den Juden angetan haben. Als die israelische Armee [1982] im Libanon einmarschierte, sprachen deutsche Linke von der ‚Endlösung der Palästinenserfrage‘ [...], die Beispiele für derlei Gleichsetzungen sind zahlreich.“

Die Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe in Uganda Ende Juni 1976 hatte ich ja schon kurz erwähnt. Es war eine Gemeinschaftsaktion der *Revolutionären Zellen*, der *Bewegung 2. Juni* und der palästinensischen PFLP. Eine israelische Spezialeinheit beendete die terroristische Aktion am Flughafen von Entebbe schließlich und befreite die Geiseln. Die Geiselnahmer wurden dabei getötet. Als der Film „Unternehmen Entebbe“, der sich mit der Befreiungsaktion beschäftigte, in deutschen Kinos gezeigt wurde, verübten die *Revolutionären Zellen* Brandanschläge darauf und nannten die Entführung einen Beitrag „für ein freies Palästina“. Wie man inzwischen weiß, wurden von Mitgliedern der *Revolutionären Zellen* Vergeltungsaktionen diskutiert, darunter die Entführung des damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski.

15 Jahre später, im Dezember 1991, ließen die *Revolutionären Zellen* erstmals eine Selbstkritik folgen, in der auch die Positionierung zu Israel hinterfragt wurde. Darin hieß es:

„Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, dass unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloss. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an

Vietnam geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, dass dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlass, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker.“

Dass der Antisemitismus im Antizionismus enthalten ist „wie das Gewitter in der Wolke“, wusste der Schriftsteller und Shoa-Überlebende Jean Améry schon 1969. Doch bis in die 1990er Jahre hinein war dieser Antizionismus in der Linken nicht nur hegemonial, er wurde auch nur von wenigen in Frage gestellt. Noch Ende der 1980er Jahre sorgten Parolen wie jene an einem besetzten Haus in der Hamburger Hafenstraße kaum für Widerspruch (**Folie 9**). Die Parole lautete; „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim und Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien. Revolution bis zum Sieg.“ Israel in Anführungszeichen, also eigentlich gar nicht existent und jedenfalls ohne Existenzrecht; die positive Bezugnahme auf das „palästinensische Volk“ als Gegensatz zum jüdischen „Anti-Volk“; die Befreiung, die eine von den Juden sein soll; der Boykottaufruf auch gegen linke Einrichtungen wie die Kibbuzim, also flächendeckend; „Revolution bis zum Sieg“, das heißt: eine Welt ohne jüdischen Staat. (**Folie 10 – Titel**)

### **Antizionismus als linke Selbstverständlichkeit**

Die militanten linken Gruppen waren in Sachen „Israelkritik“ besonders forsch und drastisch, aber der Antizionismus, die Feindschaft gegen Israel, war auch bei weniger radikalen Organisationen eine schiere Selbstverständlichkeit. Ein typisches Beispiel hat Eike Geisel Anfang 1993 in *Konkret* beschrieben, ein Beispiel, das die Gewerkschaft Erziehung und

Wissenschaft (GEW) in Hamburg betrifft. In deren Zeitung war ein Beitrag des Hamburger Hochschullehrers und Völkerrechtlers Norman Paech erschienen (**Folie 11**), in dem er, wie Geisel schrieb, „Hamburger Lehrern die rechtsradikale Propaganda von der Schuld der Juden am Antisemitismus in leicht entschärfter Form empfiehlt: Für ihn sind Juden am Hass auf sie nur mitschuldig.“ Paech teilte seinen Kollegen von der GEW mit: „Israel muss sich [...] fragen, ob seine Palästina-Politik nicht einem latenten Antisemitismus in Deutschland Nahrung gibt – und dem können wir nicht entgegensteuern, indem wir schweigen.“ Die „demagogische Figur dieser Wendung“, so Eike Geisel, „hat Tradition. Es handelt sich bei ihr um eine besonders beliebte Formel antisemitischer Agitation, um die Formel vom ‚provozierten Antisemitismus‘. [...] Nicht vom Antisemitismus will [Paech] reden, sondern von dessen Zulieferern in Israel. Der Anwalt der Menschenrechte, als der er sich versteht, präsentiert sich gerade dadurch als ein Gegner des Judenhasses, dass er die Juden beschwört, die Anlässe dazu aus der Welt zu schaffen.“

Wie der Linke Norman Paech – der auch später immer wieder mit Statements zum jüdischen Staat von sich reden machte und auch zu den Linkspartei-Abgeordneten gehörte, die im Mai 2010 per Schiffsflotte der Hamas zu Hilfe eilen wollten –, wie also der Linke Norman Paech zum linken Antisemiten wurde, erklärt Eike Geisel in dem für ihn charakteristischen prägnanten Stil (weshalb er hier ausführlich zitiert werden soll):

„Dass Norman Paech über die israelische Beihilfe zum deutschen Antisemitismus nicht schweigen kann, verdankt er [...] einem ganz besonderen Zungenlöser: dem Pflingsterlebnis einer Israelreise. Er war, wie er mitteilte, vor 25 Jahren ‚in der Aura der Kollektivschuld‘ nach Israel gefahren. Und dort war ihm zuteilgeworden, worauf die Wallfahrer nach Lourdes immer nur vergeblich hoffen: Gesundheit. ‚Ich wurde erst dort auf die Lage der Araber aufmerksam‘, berichtete er über das wundersame Mittel seiner dauerhaften Genesung. ‚Seit jener Zeit fühle ich mich in dieser Frage gefordert‘, beschrieb er im salbungsvollen Jargon des Berufspolitikers die anhaltende moralische Wirkung dieser Entdeckung. Es war nicht Damaskus, wo es ja auch eine Lage der Araber gab, dass er vom Saulus zum Paulus geworden war, sondern Jerusalem. Dort hatte er sich vom Linken in einen Deutschen verwandelt, in einem moralischen Kurbad, das sich in der Folgezeit des Ansturms von Rekonvaleszenten aus der Bundesrepublik kaum erwehren konnte. [...]

Die Leiden der Palästinenser vor Augen, konnte er aus dem Schatten Hitlers heraustreten. Nun war er frei für eine neue kollektive Aufgabe ganz eigener Art, nämlich für die des Bewährungshelfers. Und wie viele andere Absolventen des Bildungsurlaubs im Nahen Osten entdeckte er eine exklusive Fürsorgepflicht der Deutschen für Israel: ‚Ich vermag nicht‘, begründete er dieses Ansinnen, ‚als Konsequenz aus den Verbrechen der Generation vor uns zu schweigen, wenn die Überlebenden, ihre Kinder und Enkel Menschenrechte anderer verletzen.‘ Wenn also israelische Polizisten prügeln, wenn israelische Soldaten Zivilisten erschießen, dann strapazieren diese Taten vor allem die deutsche Kollektivgeduld. Wolfgang Pohrt hat dieses Bewährungshelfersyndrom einmal treffend als sozialarbeiterische Ermächtigung der Deutschen beschrieben, ihre Opfer davon abzuhalten, rückfällig zu werden.“

Die Feststellung einer Verwandlung von einem Linken in einen Deutschen, wenn es um Israel geht, gilt nicht nur für Norman Paech. Nehmen wir beispielsweise den 2015 verstorbenen Literaturnobelpreisträger Günter Grass (**Folie 12**) und seine zuerst in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichte Behauptung „Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden“. Das ist nichts anderes als eine modernisierte, weil nicht mehr auf die Juden, sondern ihren Staat als Kollektivsubjekt zielende Variante des Satzes von Heinrich von Treitschke, „Die Juden sind unser Unglück“. Grass habe „es auf sich genommen, diesen Satz für uns alle auszusprechen“, schrieb Jakob Augstein im April 2012 auf *Spiegel Online* – und lieferte damit auch ein anschauliches Beispiel dafür, welches Moment der Erlösung dem Antisemitismus innewohnt, einer Erlösung von der „Dauerpräsentation unserer Schande“, wie es Augsteins leiblicher Vater Martin Walser formulieren würde. Die „Regierung Netanjahu“ führe „die ganze Welt am Gängelband eines anschwellenden Kriegsgesangs“, tat Augstein in einem weiteren Beitrag kund, und sie tue es „mit der ganzen Rückendeckung aus den USA, wo ein Präsident sich vor den Wahlen immer noch die Unterstützung der jüdischen Lobbygruppen sichern muss, und aus Deutschland, wo Geschichtsbewältigung inzwischen eine militärische Komponente hat“. Der Judenstaat, heißt das, treibt den Planeten in den Untergang und bedient sich dabei seiner Gewährleute im Land der einzig verbliebenen Weltmacht; außerdem schlägt er noch aus dem Holocaust seinen Profit, indem er das schlechte Gewissen der Deutschen für seine sinistren Zwecke ausnutzt. Jedes Wort eine antisemitische Lüge, jeder Satz pure Ideologie. (**Folie 13 – Titel**)

### **Wenn aus deutschen Linken linke Deutsche werden**

Sobald der jüdische Staat ins Spiel kommt, werden aus deutschen Linken linke Deutsche, die das Bedürfnis haben, die Israelis zu den Nazis von heute zu machen und die Palästinenser zu den neuen Juden. Ein nachholender Antifaschismus der ganz besonders perfiden Art. Gerade in der linken „Israelkritik“ zeigt sich, wie unübersehbar die Verwandtschaft des „neuen“ mit dem klassischen Antisemitismus ist: Das Klischee des Parasitismus findet sich in der Behauptung wieder, die Israelis raubten den Palästinensern das Land und knechteten sie. Das Klischee der Wurzellosigkeit und Wesensfremdheit scheint in der Überzeugung auf, ein Staat Israel gehöre eigentlich gar nicht in einen muslimischen Nahen Osten. Das Klischee des unbarmherzigen, kalten Egoismus schimmert beispielsweise im Vorwurf durch, die Israelis setzten ohne jede Rücksicht auf Verluste ihre Interessen durch. Das Klischee der jüdischen Rachsucht erfährt in den Militärschlägen der israelischen Armee und in der Unterstellung, Israel versuche aus der Shoa maximales Kapital zu schlagen, seine vermeintliche Bestätigung. Das Klischee des Wirkens im Verborgenen und des unermesslichen Einflusses kehrt in der Paranoia vor dem Mossad und der „jüdischen Lobby“ wieder. Auch die Behauptung, man dürfe nichts gegen Israel sagen, weil ansonsten sofort die „Antisemitismuskeule“ geschwungen werde, spiegelt ein altes antisemitisches Stereotyp wider, nämlich das von der jüdischen Kontrolle über Medien und Gesellschaft. Der gegen Israel gerichtete Antizionismus ist letztlich nichts weiter als eine geopolitische Reproduktion des Antisemitismus, der das klassische Bild des geldgeilen, vergeistigten und wehrunfähigen jüdischen Luftmenschen durch jenes des alles niedertrampelnden, auf territoriale Expansion und völkische Homogenität setzenden Israeli ergänzt.

Juden, so könnte man resümieren, haben gefälligst wehrlos zu sein und sich in die ihnen zuge dachte Opferrolle zu fügen, um in Deutschland, zumal bei den Linken, in den Genuss von Solidarität zu kommen. Begegnen sie dem Antisemitismus aber aktiv und im Falle Israels nötigenfalls auch mit Waffengewalt – das heißt, widersetzen sie sich der Rolle, die man hierzulande für sie vorgesehen hat –, dann sind sie Aggressoren, Landräuber, Besatzer, Kriegsverbrecher, Friedensfeinde, Kindermörder, Nazis. Mal wird dieses Vokabular ganz offen verwendet, mal aus Gründen des Distinktionsgewinns und des Zwangs zur Zurückhaltung nur sinngemäß. In der Dämonisierung und Delegitimierung, die der „Israelkritik“ innewohnt, kommt deren Sinn, Zweck und Antrieb zum Ausdruck: das Ausleben des antisemitischen Ressentiments in einer vermeintlich unverdächtigen und

außerdem gesellschaftlich weithin akzeptierten Art und Weise. Nach Auschwitz zieht man nicht mehr über „den Juden“ her, sondern ersatzweise als Kollektivsubjekt über den Judenstaat, der gewissermaßen der „Jude unter den Staaten“ ist, wie der Historiker Léon Poliakov es einmal formuliert hat.

### **„Israelkritik“ als Mainstream**

Und eines fällt auf, wenn man sich die Entwicklung seit 1967 in der deutschen Gesellschaft auf der einen und der deutschen Linken auf der anderen Seite betrachtet: Die linken Positionen zu Israel sind mainstreamfähig geworden. Wenn heute beispielsweise fast 30 Prozent der Deutschen der Ansicht sind: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“, und wenn rund 40 Prozent meinen, Israel führe einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser, dann sagen sie im Kern nichts anderes als die *Tupamaros Westberlin* im Jahr 1969. Und wenn ebenfalls rund 40 Prozent der Deutschen äußern: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“, dann schließen sie sich sie Norman Paechs Diktum vom „provozierten Antisemitismus“ an.

Die Antisemiten haben sich zu allen Zeiten darauf zurückgezogen, mit ihrem Denken und Handeln der Menschheit zu nutzen und in Diensten des Friedens zu stehen. Aber nach Auschwitz ließ sich der klassische Antisemitismus nicht mehr als Kampf zur Rettung der Welt vor dem Untergang verkaufen, weil das Gegenteil zu offensichtlich geworden war. Die Linke bot da in mancherlei Hinsicht einen Ausweg an: Sie zählte sich zu den erklärten Gegnern des Antisemitismus, wie sie ihn verstand, und schien diesbezüglich moralisch integer. Zudem galt ihr Augenmerk immer den Menschenrechten, dem Frieden und der Gerechtigkeit. Wie hatte es Gerhard Zwerenz noch formuliert? „Linker Antisemitismus ist unmöglich. Der Antisemitismus war und ist rechts, national, biologistisch, rassistisch. Linke Kritik kann nicht rassistisch, biologistisch, nationalistisch argumentieren. Wo sie auf Juden oder Israelis trifft, geht das nicht gegen ‚die‘ Juden, sondern gegen verfehlte und unmenschliche Politik.“

Ideale Voraussetzungen also, um sich antisemitisch zu betätigen, ohne in den Verdacht zu geraten, antisemitisch zu sein. Den Freispruch gab es schließlich immer schon a priori. So trat

die „Israelkritik“ ihren gesellschaftlichen Siegeszug an. Was zunächst nur militante Gruppen wie die *Tupamaros Westberlin* mit dem unheilbar guten linken Gewissen von sich gaben – dass nämlich die Juden selbst Menschenrechtsverletzer, ja, Faschisten geworden sind, die gestoppt werden müssen –, das trauten sich im Laufe der Jahre immer mehr Deutsche offen zu sagen. Und sie taten (und tun) es mit dem Verweis darauf, dass ja gerade die deutsche Vergangenheit in besonderem Maße dazu verpflichtet, die Stimme zu erheben – auch und gerade gegen Israel. Es ist dies die menschenrechtlich verbrämte Behauptung, die „Israelkritik“ sei die Konsequenz aus der deutschen Geschichte.

Eine solche Sichtweise geht zunächst einmal davon aus, dass Auschwitz so etwas wie eine Besserungsanstalt gewesen sein muss, deren Schüler jedoch im Unterricht leider nicht besonders gut aufgepasst haben. Dass die Konsequenz der Holocaust-Überlebenden und ihrer Nachkommen jedoch eine ganz andere war – nämlich die, den drei Jahre nach Auschwitz gegründeten jüdischen Staat auch bewaffnet gegen den Vernichtungsdrang der Antisemiten zu verteidigen –, das wollen viele Deutsche, darunter die Linken, einfach nicht akzeptieren. Mit seinen Feinden müsse man doch reden, verhandeln und Kompromisse schließen, empfehlen sie. Denn sonst werde immer nur „neuer Hass geschürt“ und letztlich verewigt. Dabei *könnten* die „Israelkritiker“ es besser wissen, aber sie *wollen* es nicht. Sie *könnten* wissen, wozu Verhandlungen mit einem zu allem entschlossenen, antisemitischen Feind führen, denn München 1938 hat es gezeigt. Die Nationalsozialisten und ihre breite Gefolgschaft haben anschließend einen vernichtenden Krieg geführt, und sie sind nicht durch Gespräche oder Kerzen gestoppt worden, sondern durch den massiven Einsatz des alliierten Militärs.

Das mit den „Lehren aus der Geschichte“ hat für die deutschen „Israelkritiker“ aber noch eine weitere Bewandnis: Wenn die Juden die neuen Nazis sind und die Palästinenser die neuen Juden – also sozusagen die „Opfer der Opfer“, wie es gelegentlich heißt –, dann war Auschwitz doch nur ein Betriebsunfall und jedenfalls nicht einzigartig. Das dürfte dann auch ein nicht unwesentlicher Grund dafür sein, dass viele Deutsche – und die Linke zumal – heute gar nicht genug über die deutsche Vergangenheit reden können: Schließlich ist dieses Reden, das gerne „Bewältigung“ genannt wird, und ist die Trauer um die *toten* Juden wie am 9. November nachgerade die Voraussetzung, eine Art Ablaszahlung dafür, um desto härter mit jenen *lebenden* Juden ins Gericht gehen zu können, die den jüdischen Staat mit Worten und Taten verteidigen. Ihnen wirft man Kriegstreiberei vor, das heißt: Man ist im Namen des Friedens gegen Israel. Und dieser Antisemitismus, so brachte es Eike Geisel auf den Punkt,

„erwächst weder aus niedrigen Instinkten noch ist er Ausfluss ehrbarer politischer Absichten. Er ist die Moralität von Deblen. Das antijüdische Ressentiment entspringt den reinsten menschlichen Bedürfnissen, es kommt aus der Friedenssehnsucht. Es ist daher absolut unschuldig, es ist so universell wie moralisch. Dieser moralische Antisemitismus beschließt die deutsche Wiedergutwerdung insofern, als sich durch ihn die Vollendung der Inhumanität ankündigt: die Banalität des Guten.“

Nur am Rande sei erwähnt, dass es den Linken um die Palästinenser gar nicht geht. Sofern ihr Leid nicht von Israel verursacht wird, kümmert es nämlich niemanden. Sie taugten immer nur als Projektionsfläche für den Kampf gegen den jüdischen Staat, auch im Mai 2010, als drei Abgeordnete der Linkspartei (**Folie 14**) – neben dem erwähnten Norman Paech auch Inge Höger und Annette Groth – gemeinsam mit europäischen NGO-Mitarbeitern und türkischen Islamisten ein Schiff bestiegen, um gen Gaza zu schippern. An Bord waren abgelaufene Medikamente, kaputte Rollstühle und anderer wertloser Schrott, den man lediglich dabei hatte, um den Anschein einer humanitären Mission zur Unterstützung notleidender Palästinenser zu erwecken. In Wahrheit ging es ausschließlich darum, Israel propagandistisch zu schaden und sich selbst zum Opfer zu stilisieren. (**Folie 15 – Titel**)

Letztlich hat die Linke dabei mitgeholfen, das antisemitische Ressentiment in Deutschland zu modernisieren, vor allem auf dem Feld der „Israelkritik“. Auch wer sich hierzulande nicht als Linker versteht, weiß nicht zuletzt dank der Linken, was er tun und sagen muss, um möglichst wenig Verdacht zu erregen. Linker Antisemitismus ist eben doch möglich, es sei denn, man verengt den Antisemitismus auf eine Definition, die seine Transformationsfähigkeit völlig außer Acht lässt. Die Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit jüdischer Souveränität ist vielen Linken noch immer so fremd wie eine Kapitalismuskritik, die über Personalisierungen und Moralisierungen hinausgeht und nicht die Kapitalisten ins Visier nimmt, sondern das Kapital.

Etwa seit dem Ende der 1990er Jahre gibt es in der deutschen Linken aber auch eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem eigenen Antisemitismus; abgebildet wird sie teilweise im Buch „Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken“. Zugleich entstand so etwas wie eine linke Israel-Solidarität (**Folie 16**), die nicht zuletzt im Zuge der zweiten palästinensischen „Intifada“ mit ihren unzähligen Selbstmordattentaten ab dem Beginn dieses Jahrtausends einen Auftrieb bekam. Es waren vor allem ideologiekritische, antideutsche Gruppierungen, die den Streit mit der traditionellen Linken gesucht und geführt haben. Sie

haben den linken Antisemitismus an- und Partei für Israel ergriffen; sie haben den Antizionismus als klare Trennlinie begriffen und deutlich gemacht, dass er nicht anderes ist als eine moderne Form des Antisemitismus, bei der Israel ins Zentrum gestellt wird.

Was wir heute erleben, verstärkt nach dem 7. Oktober 2023, also dem Massaker der Hamas und damit dem größten Massenmord an Juden seit der Shoa, ist eine neuerliche Eskalation des Antisemitismus. Und dazu trägt die politische Linke maßgeblich bei. Ingo Elbe hat in seinem Vortrag zu Antisemitismus und postkolonialer Theorie den „progressiven“ Angriff auf Israel, das Judentum und die Erinnerung an den Holocaust analysiert. Er hat dabei nicht zuletzt auf die theoretischen Verzerrungen hingewiesen, die dadurch entstehen: die begriffliche Auflösung des Antisemitismus im Rassismus, die Relativierung der Shoa zu einem Kolonialverbrechen unter vielen, die extreme Dämonisierung Israels und die Ausblendung und Verharmlosung des islamischen und arabischen Antisemitismus. Der Postkolonialismus knüpft an den Antiimperialismus an, in ihm erscheint Israel als „weißer“, rassistischer Kolonialstaat, als Apartheid- und Siedlerregime. Und die Parolen „Free Palestine“ und „From the river to the sea, Palestine will be free“ sind die Aufrufe zur Vernichtung des jüdischen Staates, wie sie auf Kundgebungen und in Camps sowie in Universitäten gebrüllt und auf Wände geschmiert werden.

Es hätte die vornehmste Pflicht zumal der deutschen Linken zu sein, Partei für den einzigen jüdischen Staat auf dieser Welt zu ergreifen, doch es geschieht das genaue Gegenteil, nämlich die Parteinahme zugunsten der Feinde Israels und die Markierung israelsolidarischer Menschen als „rechts“ und „rassistisch“. Symptomatisch dafür ist der unlängst verabschiedete Beschluss des niedersächsischen Landesverbandes der Partei Die Linke, den „real existierenden Zionismus“ abzulehnen. Ein Beschluss, der den Antragsteller frohlocken ließ: „Das macht uns zum ersten antizionistischen Landesverband von Die Linke!“ Vorhin hatte ich gesagt: Juden haben sich in die ihnen zugedachte Opferrolle zu fügen, um in Deutschland, zumal bei den Linken, in den Genuss von Solidarität zu kommen. Doch für die Opfer des 7. Oktober, die toten wie die überlebenden und entführten, gilt nicht einmal das. Man hatte sie vergessen und verdrängt, riss Plakate mit ihren Konterfeis ab, zweifelte die Umstände ihres Todes oder ihrer Verletzungen an, hielt sie für Mitschuldige. Es war dies eine Parteinahme für die Barbarei. Gut, dass Rosa Luxemburg das nicht mehr miterleben muss. **(Folie 17 – Titel)**